

# Dresdner Nachrichten

### Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigentum der Herausgeber: Kiepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Ernst Kiepsch in Dresden.

XXII. Jahrgang.

Redacteur: Dr. Emil Bierer. Für das Beilagen: Ludwig Hartmann.

Dresden, 1877.

Preis des Blattes 7 1/2 Mark in der Provinz, 8 Mark in der Residenz. ...

Abnahme des Blattes 1877. ...

#### Vollständiges.

Nur mit Widerstreben kommen wir auf die Bemerkungen der Herren v. d. Manik und v. Erdmannsdorff über die preussischen Richter zurück. Wir lesen uns aus der Reflexion hierüber, die wir uns als am besten die allgemeinen deutschen Interessen wahrnehmend, auferlegt hatten, nicht herauslocken, als in einer Reihe national-liberaler Blätter jene Verurteilungen zu einer Staatsaffaire ersten Ranges aufgebauht wurden, bis um unserm Heimathlande wieder etwas am Tage zu stehen. Hier in Sachsen weiß man ja, daß jene beiden Kammerherren nicht die Herren der Kammer sind. Man muß nun ihre Angriffe unflug, unglücklich, taktlos oder sonstwie nennen, sie waren schließlich doch nur der große Hehl auf den großen Klotz, den der Oberbürgermeister Leipziger, Dr. Georgi, in die 1. Kammer gesteckt hatte, als er von den sächsischen Richtern wie von liebebedürftigen Säuglingen sprach. Doch, wie bemerkt, wir meinen, es sei besser, sich mit der Sache nicht weiter zu befassen. Aber sie entwidelt sich zu einem jener Klotze, die nicht sterben können. Die Erörterungen über die Unabhängigkeit der Richter nimmt einen immer breiteren Raum in den Spalten der preussischen Zeitungen ein und am Montag hat sogar im preussischen Abgeordnetenhause, als dort die Beschuldigungen der Herren v. d. Manik und v. Erdmannsdorff erwähnt wurden, die national-liberale Partei Pfaul gerufen. Herr Zauber aber, der später zum Worte kam, erklärte, keinen parlamentarischen Ausdruck für sie finden zu können. Wir können uns daher nicht der Aufgabe entziehen, diese Sache noch einmal zu berühren, sind aber in der glücklichen Lage, uns auf die Wiederholung eines Artikels beschränken zu dürfen, der soeben die Kunde durch die preussische Presse macht. Die „Vollst.“, der „Börsen-Courier“ und andere Blätter machen sich über den Bruststiftlicher Entrüstung lustig, den Herr Zauber auch hier wieder über jene Manik-Erdmannsdorff'schen Reden anschlug.

„Zauber beneidet, heißt es, eine offensende Unwahrheit, wenn er behauptet, daß im preussischen Abgeordnetenhause über die Unabhängigkeit nicht viel stärkere Dinge gesagt, niemals amacrischer worden sei. Bismarck haben drei hervorragende National-liberale, die Abg. Prof. Mommsen, Twesten und Oneltz, den Charakter der preussischen Richter 1866 noch ganz anders heraus. Mommsen sprach seiner Zeit davon, daß das Recht damals in einer Weise gedrohen wurde, daß es unendlich sei, nur an die bona fides der Richter in ihrer Würde zu glauben, daß einzelne Richter nicht nach dem Rechte richten, sondern nach Günst und das Recht nicht bloß unerschütterlich brechen, was Jedem begreifen könne, sondern es wissenschaftlich brechen.“

Wir entfallen uns abschließend, die noch stärkeren Ausfahrungen der Herren Twesten und Oneltz zu wiederholen. Keinesfalls hat die national-liberale Partei des Abgeordnetenhouses von 1877 das Recht, über die sächsische 1. Kammer gestiftet „Pfaul“ zu rufen, wenn ihre eigenen Genossen 11 Jahre früher solche Worte sprachen und der Augenblick Zauber hätte besser, sich mit seiner Partei auseinanderzusetzen, als das hohe Pferd der sächsischen Entrüstung zu besteigen. Wir verstehen uns aber zu dem guten Genuß des Reichthums, daß 1866er Zustände nicht wiederkehren und die Unantastbarkeit des deutschen Richterstandes, des preussischen wie des sächsischen, weder von den Herren Mommsen-Zauber-Georgi, noch von sächsischen Kammerherren in Frage gestellt werde.

Am Himmel der jungen französischen Republik zeigen sich einige Wölchlein. Nicht, daß die bisherigen Präzedenztheile in unheiliger Form ihre Entlassungsgelüste einreichen, oder sich sogar weigern, die Vollmacht Mac Mahons bekanntzugeben, ist bedenklich — denn für solche Widersehligkeit giebt es ein Mittel: man nimmt die Entlassungsgelüste überhaupt nicht an, sondern lehnt die Herren einfach ab. Aber die ordentlichen Senatoren — dieselben, die Mac Mahon ihre Unterstützung zum Staatsstreiche verweigerten und ihn dadurch zur Kapitulation nöthigten — wollen auch die Republik nicht zu sehr erstarken lassen. Sie schließen sich wieder fester an die Legitimisten und Bonapartisten an. Sie ermöglichen es, daß der Senat demächst einen Streiter für den Papst, den clericalen Herrn v. Falloux, zum Senator wählen wird. Damit verstärkt der Senat die Schaar Jener, auf die Mac Mahon würde rechnen können, wenn er sich von den Republikanern zu trennen und die zweite Kammer aufzulösen einmal Lust bekäme. Denn Herr v. Falloux ist bestimmt, lebenslänglicher Senator an der Stelle des jüngstverstorbenen republikanischen Generals Kavelles de Palabine zu werden, desselben, der während des letzten Krieges den einzigen Erfolg über die Deutschen davonzuging, als er die Preußen-Vaieren zum vorübergehenden Aufgeben von Orleans zwang und bei Coulmiers siegte. Man kann die augenblickliche Lage Frankreichs nicht besser als durch das Wort charakterisiren: Die Kräfte ist todt, es lebt die Kräfte!

Die Türkei hat bei allen Staaten die Erfahrung gemacht, daß ihr Friedensvermittlungsgesuch keine freundliche Aufnahme fand. Bismarck wollte die Worte sich absichtlich von Gesamt-Europa eine abschlägige Antwort holen, um nun in separate Friedensverhandlungen mit Russland treten zu dürfen. Russland wäre hierzu gar nicht abgeneigt. Es ist es doch, daß es den bekannten General Ignatieff nach Sofia oder Adrianopol senden wolle, um die Friedensunterhandlungen einzuleiten. Das würde nur beweisen, daß die russischen Friedensbesprechungen nicht ernsthaft gemeint seien. Vielmehr meinen wir, wird der Reichszkanzler Fürst Gortschakoff die Verhandlungen so in die Länge ziehen, bis die russischen Waffen im Besitze von Erzerum und Batum in Asien und Adrianopol in Europa sind. Dann erst wird Russland seine wahren Friedensbedingungen formuliren; Alles was jetzt darüber verhandelt, dient nur dazu, die Eroberungsgelüste noch vorläufig zu verschleiern. Während des Winters, der nunmehr mit allen seinen Schrecken auf der Balkan-Halbinsel eingetreten, werden die Kriegsoperationen etwas in's Stoen gerathen. Mit den Balkan-Übergängen der Russen namentlich wird es nicht so hipig vor sich gehen. Es ist daran zu

erinnern, daß die Russen zwar den nördlichen Eingang zu den Balkanpässen besetzt halten, die Türken aber hinter jedem Ausgang eine Armee aufgestellt haben.

Hat Jehu geschlagen, kommt immer noch nicht, hat Elf geschlagen, kommt immer noch nicht, hat Zwölf geschlagen — jetzt kommt's. An dieses Ainderespiel wird man gemahnt, wenn man die ewigen Wehungen und Widerufe über die Pleiße Bismarck's nach Berlin liest. Im November kam er nicht, im December nicht, aber im Januar, hieß es neulich bestimmt, kommt er ganz gewiß. Schon wurde seine Wohnung zum Empfang wieder hergerichtet. Profit Mahlzeit! Es war wieder nichts. Fürst Bismarck bleibt Wehnachten und Neujahr in Paris und wann er wieder unter den Linden wandeln wird, weiß kein Mensch anzugeben. Welches Ereigniß in der letzten Stunde die festgeplante Rückkehr verhindert hat, kann man höchstens aus den ellenlangen Besprechungen der National-liberalen herauslesen. Aber auch drucken? Nein.

#### Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, den 19. December. Das Abgeordnetenhause ertheilte den Gesetzentwurf, die Errichtung von Land- und Oberlandesgerichten in 2. Lesung. Der Entwurf wurde nach längerer Debatte nach den Commissionen zurückgegeben, welche die Abgeordneten Riquel und Windthorst-Meppen beauftragten, mit sehr großer Mehrheit an bloo angenommen. Der Justizminister Dr. Leonhardt erklärte, er habe gegen die bloo-Aannahme Nichts einzuwenden, betonte jedoch, daß die Regierung keineswegs mit allen Commissionenbeschlüssen einverstanden sei. Namentlich sei der Beschluß, in Berlin allein drei Landgerichte zu errichten, in der Ministerconferenz einstimmig als unzulässig bezeichnet worden. Der Minister wendet sich ferner gegen den Commissionenbeschlusse, welcher abweichend von der Regierungsvorlage die Bezirke der Landgerichte feststellte. Mit der bloo-Aannahme sei die Angelegenheit noch nicht als abgeschlossen zu betrachten.

#### Vocales und Sächsisches.

— H. M. der König und die Königin reisten gestern Mittag in Begleitung des Prinzen von Sachsen und der Prinzessin von Sachsen nach Weimar. Die Königin wurde von dem Landwehrregiment in dem Sälen des Weimar'schen Landes und machten daselbst mehrere Einkäufe. Ein von Herrn Werner freigegebenes Glas Bier nahm der König freundlich entgegen und lobte es und die Königin nahm ein Bouquet, welches ihr von Frau Werner überreicht ward, mit herzlichem Worte an.

— Landtag. Die 2. Sr. denbige gestern die Debatte über die Steuerreform. Das Wort ergriff zunächst Abg. Ströbach, der im Großen und Ganzen sich den Ausführungen der Abg. Krause, Streit und Walter anschloß. Er handelte sich über ein Compromiß und da mußte Jeder etwas nachgeben. Nach den Darlegungen des Abg. Günther schloß es, als drückbarsten die Vertreter der Städte, ihren Auftraggebern ein schönes Weihnachtsgeheim mit nach Hause zu bringen, für welches man sie durch wohlthätige Jungfrauen empfangen werde. Er glaube, daß das Ungeheuer eher der Fall sei. Die Vertreter der Städte brachten ihren lässlichen Collegen ein großes Opfer, für welches sie wohl Dank erwarten dürften. (Beifall) Der Herr Abgeordnete sprach weiter: Von einem noch weiteren Zurückgehen könne nicht in alle Wege nicht die Rede sein. Wenn die Begründung des Abg. Richter-Thorandt, der immer von einer Doppelsteuer geredet habe, richtig sei, dann dürften seine indirecten Steuern neben der directen Steuer erhoben werden und jeder Hundebesitzer könnte sich mit jenseitigen Rechte gegen eine Doppelbesteuerung erklären. Er wüßte Freieren und die Vorlage sei ganz entsprechend, um einen solchen Verhehler zu thun. Abg. Ullmann sprach gegen die Vorlage. Er wolle, daß entweder auf den Grundbesitz nur eine Steuer gelegt werde, oder daß das im Grunde und Handel stehende Kapital auch zwei Steuern erhalte, so daß beide Theile an einem Strange hängen. Eine Wiederbefreiung des Grundbesitzes ist ungerathen. Die Städte seien beständig reichlicher geworden. Wenn man Rücksichtnahme auf die hohen Communikations der Städte verlange, so erwäre er, daß man sich solche nicht aufzubringen brauche; die Landbewohner könnten sich auch keine Belastungen leisten lassen, sie dauern keine Theater und Villen, wie z. B. hier an der Grotte. Der ländliche Vertreter wird von den Vertretern der Städte stets zurückgeschoben; wollten sie mal eine Straze haben, so würden sie immer und immer vertrieben, bis sie es endlich gar nicht mehr erlitten. Der Abg. Schmitt habe ja die Hand zu einer Vermittlung gegeben. Man treibe mit dem Schreien des Compromißes; dann gehebe eben eine Vergewaltigung an den ländlichen Vertretern. Graf Haberborn weist die Supposition des Redner gegen die Vertreter größerer Städte zurück. Abg. May ist, obgleich in der Debatte die Wohlwollenheit des Grundbesitzes-Veräußerung von keiner Seite bewiesen worden ist, für die Vorlage und giebt der Deputations, an welche dieselbe verwiesen werden soll, eine Anzahl Wünsche zum Einkommensteuergesetz zur Berücksichtigung an. Die Vertreter der Städte hätten keinen Begriff von den Kosten und Wägen, die ein Landmann zu tragen habe. Abg. Dr. Heine hält darauf eine wiederholte von stürmischer Beifall unterbrochene Rede gegen die Vorlage. Er habe so viel Material, daß es ihm unmöglich sei, seine Rede in die spanischen Titel der Zeit zu fassen. Bei dieser Angelegenheit sollte nicht der Interessen Rücksicht genommen werden, sondern es sollte sein Wunsch, daß die Angelegenheit an eine Deputation verwiesen werde, die aus Männern zusammengesetzt sei, welche einsig und allein das Volkswohl im Auge haben. Er habe einen Mann Traun gehabt; er belaud sich in einem Galmenbau unter Wägen, die ihn unter sich drückten, er weil er auch eine Wägen hatte. (Der gedrückte Abgeordnete erweilt sich eines demüthigendsten starken Paarwaches mit nur geringer Wägen im Centrum des Kopfes.) Und diese Wägen lasten, einzig auf dem Wägen ihrer Specialinteressen liegend, beschuldigen über das Leben der kleineren Directen. Wägen sei mau auf ihn aufmerksam geworden, man habe bemerkt, daß er nicht zu der Gesellschaft gehöre, und schon habe man ihn lassen wollen, als er zum Wägen erwidert sei. So komme es ihm hier in der Kammer vor. Sein Standpunkt sei: eine gleichwertige Einkommensteuer mit einer Vermögenssteuer; der erste Schritt zur Einführung der Vermögenssteuer sei übrigens in dem Einkommensteuergesetze bereits durch Heranziehung an sich vermögenger Leute, die aber augenblicklich kein Einkommen besitzen, geschehen. Er löse mit der Schritt: Wägen den Schritt

gelehrt, die ungerechte Weige über und crassen! Abg. v. Doblischlägel: Ohne als Abkämmling von den Wägen vorzuzugreifen, könne er das von der Regierung gebotene Compromiß annehmen. Auch ihm werde zwar die Zustimmung schwer, doch sei es Zeit, endlich einmal den bisher festgehaltenen Interessenstandpunkt aufzugeben. Von den vorliegenden Gegenentwürfen, die gemacht worden seien, sei unmöglich, daß auch nur einer derselben durchgeht. Finanzminister v. Rönneberg betauert, daß die Vorlage bei einem Theile der Grundbesitzer eine Ausnahme gefunden, die er nicht erwartet hätte. Von entscheidendem Einflusse sei der Regierung bei ihren Vorwürfen die Ueberzeugung gewesen, daß es notwendig sei, daß in Sachsen der Steuerkampf und das soziale Experimentiren mit den Steuern endlich einmal zu einem Abschlusse gelange. Der jetzige Zustand sei unheilbar. Die Steuerreformfrage habe eben ganz ungerechtfertigt Kampfe zwischen Stadt und Land hervorgerufen, einen Kampf, der gerade in Sachsen, wo die Interessen von Stadt und Land in so innigem Zusammenhang stehen, am wenigsten am Plage sei (Sehr wahr). Nach all dem sei der Regierung nur der Versuch geblieben, unter Einwirkung an das Bestehende einen Ausgleich zwischen beiden Interessen herbeizuführen. Eine einseitige Wägen schaffen zu wollen, habe sie danach getrachtet, beiden Theilen indolent gerecht zu werden. Sie habe eine Milderung der Wägen der kleinen veräußernden Grundbesitzer und eine Aufhebung der bestehenden Ungleichheiten angetrebt. Die Einkommensteuer sei im Grunde nur eine veränderte Gewerbesteuer. Die Vorlage biete im Ganzen nichts an, als was das Abg. Günther 1870 gewünscht habe. Die jetzigen Vorwürfe Günthers seien für die Regierung unannehmbar; dieselben würden aber auch eine Neuordnung der Grundstücke erforderlich machen. Die Herren, die so unzufrieden mit der Vorlage seien, sollten la recht schnell zugreifen, denn wenn jetzt ein Ministerium, das vorwiegend aus Grundbesitzern bestehe, eine solche Vorlage mache, was sei dann einmal von einem anders zusammengesetzten Ministerium zu erwarten! Die Vermögenssteuer biete unendliche Schwierigkeiten in der Ausführung, sowie eines noch tieferen Einkommens im Verhältniß, als die Einkommensteuer. Auf die Anfrage des Abg. Meidel antwortet der Minister, daß die letzte Abänderung zur Einkommensteuer 500,000 Mark gekostet, während sich die Kosten der ersten Einkommensteuer auf 1,000,000 Mark belaufen haben. Er erklärt schließlich, daß die Regierung allen Abänderungen des Entwurfs entgegenzutreten werde, sobald sie nur im Widerstrech mit dem in der Vorlage niedergelegten Wahls stehen. Abg. Rönneberg steht auf dem Standpunkte des Abg. May, ist also für die Vorlage, eine für die Sache in der That begehrt zu sein. Die Einkommensteuer habe noch nicht ihren Nimbus verloren, dieselbe werde sich im Weigentlich erst entwickeln. Hierauf wird die Debatte geschlossen und die Regierungsvorlage an die Finanzdeputation verwiesen.

— Präsident von Berlin vereinigte am Dienstag Abend die Mitglieder der 2. Kammer im Saal der Königl. Terrasse. Die Herren wollten ganz unter sich noch einmal vor dem Weihnachtsfeste gemütlich plaudern, und eine rechtliche Resolution wurde erörtert. Präsident von Berlin sprach, da er nicht sein erstes parlamentarisches Dinner erst nach Neujahr, da König Georg, K. G., erst für seine Zeit seine Theilnahme in Quodlibet gestellt hat.

— Dem Unterminister Karl Moritz Welz in Belograd ist das Verleumdungsverbrechen widerlegt worden.

— Im Anzuge des Kantlage werden einige Vorkänge bei der Wahl des Abgeordneten wurde infolge dessen beantragt, die Wahl dieses Abgeordneten wurde infolge dessen beantragt, die Wahl des Abg. Speck für gültig zu erkennen, aber auch zu erklären, daß die Wahlberechtigung von Wahlacten durch einen Wahlvorstand als solchen nicht statthaft, und die Staatsregierung zu crüchen, den Wahlvorstand Scheitler in Unterbairnath wegen eines solchen mit dem Amte eines Wahlvorstandes nicht vereinbaren Verhören in geeigneter Weise zu verurtheilen. Es wird wohl also in Unterbairnath eine kleine Wägen sein.

— Zum Diaconus an der neuen Johanneuskirche ist der böhmerische Institutsdirector Dr. phil. Hugo Apperle und als Kantor und Organist der Musikdirector Friedrich Reichel erwählt worden.

— In Folge des Ausbruchs der Rinderpest bei Raubitz in Sachsen und ihres Fortschreitens bis Zellmeritz und Theresienstadt ist auf der sächsisch-böhmischen Grenzstrasse von Langburkersdorf bis nach Bernsdorf bei Frauendorf die Einfuhr aller Arten von Vieh (mit Ausnahme der Pferde) aus Wägen verboten, ebenso auch der sogenannte kleine Grenzverkehr, d. h. der Verkehr mit Gespannen von Rindvieh, Schafen, Ziegen, Vorstvieh, von sächsischen Thieren, von Färgen, Schlachtkühen, Stroh, Wolle, Haaren, Wägen u. d. d. Abhalten von Viehmarkten in den Grenz-Bezirksgemeinschaften (auch in denen von Marienberg, Freiberg, Toppolditz, Pirna u.) ist bis auf Weiteres untersagt.

— Bezüglich der so vielbesprochenen Randaufbahrung, die vom neuen Hoftheater aus blühen die Umwehung heimische, können wir mittheilen, daß man gestern erstmalig den Versuch einer Heizung mit Gas gemacht hat. Der bisherige Heizstand wird also zumest an dem Heizungsmaterial gelegen haben und wird man nun alles aufbieten, um die Sache zu ändern. Es waren gestern während der Heizung mehrere Inzenerkreuzen zu sehen, so wie wir hören, der den Eisen entlegene Rauch nicht im Entferntesten so dicht und schwarz gewesen, wie der böhmerische.

— Es cursiren falsche 10-Wägenstücke! Sie sind etwas größer als die echten, auch ist der Relieffort dreier und das Gepräge weniger scharf.

— Am vergangenen Sonntag Vormittag erfolgte seitens des Directoriums des biesigen Theaters die Vertheilung der Prämien, welche nach dem Punkte der verstorbenen Frau Helme alljährlich an solche Leute vertheilt werden sollen, die sich durch musterhafte Haltung ihrer Jugendkinder hervorgethan haben. Es wurden zusammen 120 Mark vertheilt. Die Handlung fand im Vereinslocale statt und der Vorsitzende Director Marquardt nahm zuvor Gelegenheit, in kurzen Worten den fünf Empfängern auch Herz zu legen, wie durch fernere Vertheilung ihrer theueren Gesinnung sie zugleich der Wägen sich würdig erweisen und der edlen Göttergötter ihren Dank bezugen könnten.

— Der letzte Schneefall und die niedrige Temperatur, welche sich seit vorgestern bemerklich machen, sind für den Strobenvertheil wegen der eingetretenen Wägen für Futter und Färgen nicht gerade förderlich. Auf der Marienberg haben gestern Morgen nicht mehr wie vier Kaststücker, deren Wägen abgefahren waren, um andern vierstündig über die Wägen zu vertheilen, zu deren Vermeidung durch Sanftstücken allerting nicht das Mindeste gethan war.